

# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet  
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher  
Nr. 11

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Wöchentlich 50 Goldpfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht-Bezügen: 3-Monatspreis: 1,50 Mark über dem Monatspreis. Die Rücksendung ist kostenlos. Bei Fernbestellung ist ein Nachschuß zu leisten. — Für telegraphische Bestellungen ist keine Gewähr zu übernehmen. — Erscheinungstage: Montag bis Samstag. — Druck: Druckerei des Verlegers in Nagold.

Nr. 13.

Altensteig, Mittwoch den 16. Januar.

Jahrgang 1924

## Reichsregierung und Thüringen.

Berlin, 15. Jan. Ueber das Ergebnis der Erörterungen der Reichsregierung und der thüringischen Landesregierung wird amtlich mitgeteilt:

Die zahlreichen Beschwerden, die bei der Reichsregierung über die thüringische Landesregierung aus dem Lande Thüringen eingegangen sind, sowie das immer dringender von dort gestellte Verlangen nach Einsetzung eines Reichskommissars hat die Reichsregierung veranlaßt, auf Grund des Art. 15 der Reichsverfassung Beauftragte zu den thüringischen Landeszentralbehörden zu entsenden. Die Berichte der Beauftragten sind in eingehenden Verhandlungen mit den thüringischen Ministern erörtert worden. Die thüringische Landesregierung entspricht in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung „objektiv“ nicht den Vorschriften der thüringischen Landesverfassung. Die gegen die thüringische Landesregierung erhobenen Beschwerden haben sich auch nach der eingehenden Ansprache mit den Vertretern der Landesregierung zu einem erheblichen Teil als begründet erwiesen. Namentlich gibt die Beamtenpolitik der thüringischen Landesregierung der Reichsregierung zu schweren Bedenken Anlaß, weil die Grundzüge des Art. 130 der Reichsverfassung vielfach außer acht gelassen sind. Verschuldungen gegen das Reichsstrafgesetzbuch im thüringischen Ministerium des Innern, die im Zusammenhang mit der Beamtenpolitik stehen, bilden zurzeit den Gegenstand strafrechtlicher Untersuchung.

Die thüringische Landesregierung bestreitet nach wie vor, daß die gegen sie erhobenen Vorwürfe begründet sind und Anlaß vorliegt, mit Maßnahmen auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung gegen sie vorzugehen. Die Landesregierung ist verfassungsmäßig, obwohl sie in der Zahl ihrer Mitglieder der Landesverfassung zurzeit nicht ganz genügt. Es ist aber vor der Neuwahl des Landtags nicht möglich, eine Ergänzung vorzunehmen. Die Landesregierung hat daher u. a. folgende Maßnahmen beschlossen:

1. Die thüringische Landesregierung wird Anstellungen, Beförderungen, Entlassungen (Veretzung in den Ruhestand oder Wartestand), sowie Veretzungen von Beamten einschließlich der Hochschullehrer und Lehrer bis zur Neubildung der Landesregierung nur mit Zustimmung eines Ausschusses von fünf Mitgliedern vornehmen. Vorsitzender des Ausschusses ist der Präsident des Oberlandesgerichts in Jena. Von den übrigen Mitgliedern werden zwei von den vereinigten bürgerlichen Parteien, zwei von der vereinigten sozialdemokratischen Partei des Landes Thüringen benannt.

2. Das thüringische Finanzministerium wird beauftragt, mit Beschleunigung für die Zeit vom 16. Januar bis 31. März 1924 einen Bedarfsnachweis aufzustellen und den ordentlichen und außerordentlichen Bedarf aller Ministerien auf eine bestimmte Summe zu begrenzen. Der thüringische Staatsminister wird der Reichsregierung über die in Ausführung dieser Beschlüsse getroffenen Maßnahmen Mitteilung zu geben lassen und ihr den aufgestellten Bedarfsnachweis zur Kenntnis vorlegen.

Die Reichsregierung nimmt von den Erklärungen der thüringischen Landesregierung Kenntnis und sieht davon ab, dem Reichspräsidenten Maßnahmen auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung vorzuschlagen.

## Die Belgrader Konferenz.

Das Programm der Konferenz des Kleinen Verbandes in Belgrad umfaßt drei Punkte:

1. Die ungarische Frage, die darin besteht, daß in Verbindung mit der Auslandsanleihe, die hauptsächlich in England aufgebracht werden soll, das Vorkaufsrecht des Wiederherstellungsausschusses aufgehoben werden soll. Die einzelnen Staaten des Kleinen Verbandes machen ihre Zustimmung von gewissen Vorbedingungen abhängig. Die Tschcho-Slowakei erwartet, daß sie in der Entschädigungsfrage nicht schlechter behandelt werde als Ungarn und Desterreich. Südbanien will in der Frage der Sachleistungen von Deutschland für den Ausgang der ungarischen Entschädigungen entschädigt werden. Rumänien hat wieder andere Forderungen. Die ungarische Entschädigung ist aber vor dem internationalen Forum bereits so weit vorgeschritten, daß der Abschluß, der jetzt in London erfolgen soll, nicht mehr beeinträchtigt wird. Es wird sich also darum handeln, die Höhe der Entschä-

digungszahlungen in Ungarn ab 1927 festzustellen und in Verbindung damit von den großen Verbänden möglicherweise Konzessionen in der Frage der Schulden des Kleinen Verbandes zu erhalten.

2. Der zweite Punkt des Programms der Belgrader Konferenz betraf die Erlangnahme zur Entschädigungsfrage im allgemeinen. Dr. Vencich ergänzte die von ihm bereits früher gemachten Mitteilungen über Inhalt und Bedeutung des mit Frankreich abzuschließenden Sondervertrags. Es wurde festgestellt, daß weder Südbanien noch Rumänien einen gleichen Vertrag abschließen werden. Gleichzeitig machte der südbanische Minister des Außeren Mitteilung von seinen Verhandlungen mit Italien, die nicht so weitgehende Ergebnisse geliefert haben, wie in einigen Blättern behauptet wird, da von einem Bündnis noch keine Rede sein kann, daß aber immer in den ständigen Fragen ein Einvernehmen erzwungen wurde. Das trifft insbesondere auf Trieste zu. Die Einigung über die Teilung des Triestgebietes gilt als vollkommene Tatsache: Trieste bleibt italienisch.

3. Der dritte und der wichtigste Punkt der Stellungnahme zu Rußland. Es ist voranzugucken, daß die britische Regierung Rußland anerkennen wird. In diesem Fall wird die Tschcho-Slowakei bald folgen, ohne abzuwarten, ob Frankreich dem englischen Beispiel nachkommt. Die Tschcho-Slowakei macht die Anerkennung von gewissen völkerrechtlichen Bedingungen abhängig. Die Verhandlungen hierüber sind im Gang. Südbanien will trotz der Abneigung des Hofes in der Wiederanknüpfung der Beziehungen zu Rußland nicht zurückbleiben. Deshalb hat die südbanische Regierung sowohl in Belgrad als auch in Wien und Prag mit den Rätevertreten Fühlung genommen. Jammern sind diese Verhandlungen hinter der Unternehmung der tschecho-slowakischen Regierung nach etwas zurückgeblieben. Südbanien dürfte ungefähr gleichzeitig mit Frankreich die Anerkennung vollziehen. Am ungünstigsten ist die Lage in Rumänien. Die Verhandlungen zwischen Rumänien und Rußland, die immer wieder angeknüpft wurden und zunächst in Tiraspol geführt wurden, kommen immer wieder auf den toten Punkt, da die Räteregierung ausdrücklich die Anerkennung der Dniestrgränze Bessarabiens ablehnt. Zuletzt wurde von rumänischer Seite der mehrdeutige Vorschlag gemacht, die diplomatischen Beziehungen in der Form aufzunehmen, daß der rumänische Gesandte statt nach Moskau nach Odessa und der russische statt nach Bessarabien nach Akkerman geleitet würde. Die Moskauer Regierung hat neuerdings die Verhandlungen deshalb unterbrochen. Daraus ergibt sich der Beschluß des Kleinen Verbandes, den einzelnen Mitgliedern die Handlungsfreiheit gegenüber Rußland zu gewähren. — Rumänien wird so der letzte der drei Staaten sein, die die Räteregierung anerkennen.

## Eröffnungssitzung des Sachverständigen-Ausschusses.

Paris, 15. Jan. Der Sachverständigenausschuss zur Prüfung des deutschen Staatshaushalts ist in feierlicher Sitzung von dem Präsidenten der Reparationskommission, Barthou, in sein Amt eingeführt worden. An seiner Ansprache sagte Barthou, nachdem er bemerkt hatte, daß man von dem Komitee kein Wunder, aber doch schnelle Resultate erwarte, u. a.: Der Versailles Vertrag ist unsere Urkunde. Er wird auch die Ährige sein und Sie werden innerhalb seiner Grenzen gemäß Artikel 234 die Arbeiten durchaus unabhängig und im Geiste der Unparteilichkeit unternehmen. Sie sind Herr Ihrer Arbeitsmethode. Der Vertrag gibt Deutschland ein Recht, sich zum Wort zu melden. Sie werden Deutschland in der Form vernehmen, die Ihnen am angemessensten erscheint und wir wünschen aufrichtig, im gemeinsamen Interesse, daß seine Regierung und seine Verwaltungsbehörden Ihre schwierige und komplizierte Aufgabe erleichtern. Wir müssen schließlich zu einem Ende kommen. Die Gläubiger Deutschlands selbst sind an einer Lösung des Reparationsproblems interessiert. Man darf getrost versichern, daß der Frieden der gesamten Welt davon abhängt.

Die umfassende Antwortrede des Generals Dawes wird in Paris günstig beurteilt. Sie hat zumal wegen der ersten Auffassung der Situation, die sich in ihr ausdrückt, starken Eindruck hinterlassen. Die Stelle, wo der amerikanische Delegierte im Hinblick auf die gegenwärtige Lage in Europa von einer bevorstehenden Katastrophe redet, hat geradezu Sensation hervorgerufen.

Der Erfolg des Komitees, so sagte General Dawes u. a. hängt insbesondere davon ab, daß in der öffentlichen Meinung wie in dem Weltgewissen eine genaue Vorstellung von der Größe des Unglücks besteht, das einen jeden in Europa bedrohen wird, wenn man nicht die Vernunft zur alleinigen Herrscherin krönt. Besteht diese Vorstellung? Wir wissen es nicht, werden es aber bald erfahren. Das Ergebnis unserer Arbeiten und der Ruhe, den die Reparationskommission daraus entnehmen wird, wird vielleicht eine definitive Antwort darauf geben. Die Umweisung der Reparationskommission ermöglicht es uns, unsere Arbeiten auf der Grundlage eines Status quo in Angriff zu nehmen. Man ist nicht mit der Bitte an uns herantretreten, zur Legalität des Ruhrunternehmens Stellung zu nehmen oder die politischen Ergebnisse dieser oder jener Handlung anzugeben. Wir brauchen keine Betrachtung über diese Frage anzustellen, die die Politiker sämtlicher Länder mit der Situation verknüpfen, die vor allem durch Geschäftleute gepfrägt werden müssen, von Geschäftleuten, die weder von politischen Ehrgeiz noch von persönlichen Erwägungen beeinflusst werden. Aufgabe der Reparationskommission und nicht die unsrige ist es, die politischen Schlussfolgerungen unserer Berichte zu prüfen. Wenn wir den unparteilichen Plan einer Stabilisierung der deutschen Währung und zum Ausgleich des deutschen Staatshaushalts vorschlagen, den die Reparationskommission zur Ratifikation für richtig hält, so haben wir doch das eine erreicht: Wir werden der Reparationskommission einen Vorschlag gemacht haben, der sie in den Stand setzt, Deutschland auf den Weg der produktiven Tätigkeit zu bringen, und die Wiederherstellung der deutschen Produktionsfähigkeit ist ja der Ausgangspunkt des Wohlergehens ganz Europas. Die ersten Maßnahmen, die wir ergreifen müssen, bestehen meiner Ansicht nach darin, ein System zur Stabilisierung der deutschen Währung auszuarbeiten, um Wasser auf die Mühlen des deutschen Staatshaushalts zu bringen. Die Mühlen müssen wir bauen, sobald wir das Wasser zum Betrieb ihrer Räder aufgefunden haben.

Paris, 15. Jan. Die erste ordentliche Sitzung des 1. Sachverständigenausschusses der Reparationskommission trat nachmittags zusammen. Den Ehrenvorsitz führte General Dawes, der offiziell dazu gewählt worden war. Es wurde einstimmig beschlossen, die Beratungen des Ausschusses geheim zu halten.

Paris, 15. Jan. Zum Vorsitzenden des 2. Sachverständigenausschusses der Reparationskommission, der sich mit den deutschen Auslandsguthaben beschäftigt, wird, dürfte der englische Sachverständige, Mac Kenna, gewählt werden.

## Die englische Thronrede.

London, 15. Jan.

Der König begab sich im üblichen zeremoniellen Aufzug in den Buckinghampalast nach Westminster, um dort in den althergebrachten Formen das Parlament mit seiner Thronrede zu eröffnen. Er war begleitet von der Königin und wurde auf seiner Fahrt von der die Straßen nicht räumende Menschenmenge begeistert begrüßt. Die Staatskutsche wurde von 6 Schimmel gezogen, ihr voraus fuhr ein anderer Staatswagen mit den Lord und Lady des königlichen Hofes und den Hofoffizieren. Eine berittene militärische Eskorte folgte dem königlichen Wagen. Auch der Prinz von Wales und der Herzog von York begaben sich unter lauten Huldigungen der Volksmenge ins Palais. Ein Salut aus 41 Kanonen kündigte die Ankunft des Königs im Oberhaus an, wo er sogleich den Thron einnahm. Nach den üblichen einleitenden Formalitäten verlas der König seine Thronrede, die folgenden Wortlaut hatte:

Meine Beziehungen zu den auswärtigen Mächten werden auch weiterhin freundschaftlicher Natur sein. Ich freue mich, mitteilen zu können, daß in der Lösung der Frage, die bisher den Weg gegenseitigen Verständnisses gehindert und die Wiederherholung der Welt verzögert haben, ein endgültiger Fortschritt erzielt worden ist. Die Reparationskommission hat zwei Ausschüsse eingesetzt, in denen Sachverständige der Vereinigten Staaten gemeinschaftlich mit solchen Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Belgiens die wahrhaft ersten finanziellen Fragen zu prüfen haben, die in der Situation Deutschlands eine entscheidende Rolle spielen. Das zukünftige Schicksal der Tangenzzone in Marokko, die so lange Zeit hindurch eine Quelle politischer Uneinigkeit gewesen ist, ist der Gegenstand eines polnischen den Vertretern der hauptsächlich daran beteiligten Mächte getroffenen Abkommens amorden, das eine internationale Regie, eine Abde-

Tung der Verkehrsverbindungen und des Handels vor-  
sieht. Demnach wird ein Gesandtschaftsbericht zur Ratifi-  
kation des Louvener Vertrags vorgelegt werden. So-  
bald es möglich ist, soll dieser Vertrag ratifiziert wer-  
den und eine neue Ära unserer Beziehungen mit der  
Türkei wird dadurch eingeleitet werden. Meine Mi-  
nister haben sich in Gemeinschaft mit den Vertretern  
der Dominions bemüht, die mit Bezug auf die uner-  
laubte Alkoholzufuhr in den Vereinigten Staaten  
entstandenen Schwierigkeiten zu beseitigen und haben  
Vorschläge für eine Abmachung eingereicht, die sich  
am Vorabend ihrer Vollendung befindet, und die dazu  
beitragen wird, künftighin die glücklichen Beziehungen  
zwischen den beiden Ländern und Völkern zu festigen.  
Es wird auch weiterhin der Gegenstand mehrerer Ver-  
sicherungen sein, den Einfluß des Völkerbundes mit  
allen mir zu Gebote stehenden Mitteln zu kräftigen.  
Die Reihe künftighin an der Nordwestgrenze Indiens ge-  
schehenen Vorkäufen durch Verbrecher, die in Afghan-  
istan Unterschlupf gesucht haben oder selbst Afghanen  
waren, hat hier sehr viel bestimmtes Interesse ver-  
ursacht. Meine Regierung hat bei der des Entsch-  
energische Vorstellungen erhoben und vertraut ernst-  
lich darauf, daß die Täter bestraft und wieder befrich-  
tigende Beziehungen so bald wie möglich an der  
Grenze hergestellt werden. Die letzten britischen  
Weiskongressen haben in der Frage der innerreich-  
lichen Zusammenarbeit bemerkenswerte Fortschritte er-  
zielt. Es ist insbesondere möglich gewesen, ohne das  
bestehende System unseres Landes zu verlassen, die  
Wünsche der Dominions nach einer wesentlichen Aus-  
dehnung des Prinzips der innerreichlichen Beziehung  
zu berücksichtigen, das zum erstenmal in der Konfe-  
renz vom Jahre 1917 aufgestellt wurde und seit 1919  
in Kraft ist. Vorschläge, um die von beiden Konfe-  
renzen gefassten Beschlüsse in Kraft zu setzen, werden  
Ihnen vorgelegt werden. Ich begrüße die günstige  
Gelegenheit, die durch die kommende Reichsausschließung  
dem Wirtschaftsleben meines Reichs gewährt wird, die  
Kenntnis von sich in der Welt zu erweitern und den  
innerreichlichen Handel zu fördern.

Der König wandte sich hierauf den innerpolitischen  
Frage zu. Die Zahl der Erwerbslosen sei Gegen-  
stand sorgenvoller Betrachtung. Meine Minister un-  
terbreiteten vor kurzem dem Lande Vorschläge; aber  
diese sind vom Lande nicht angenommen worden. Unter  
diesen Umständen wird um Ihre Zustimmung zur  
Ausdehnung und Verbesserung der nach dem Vorschlag  
der Reichswirtschaftskonferenz vorgesehenen Handels-  
erleichterungen und Ausfuhrkreditlinie gebeten. Die  
Rede ging dann weiter auf die Pläne der Regierung ein,  
um der Schiffbauindustrie Arbeit durch den so-  
fortigen Bau von Schlachtschiffen zu verschaffen, auf  
die beabsichtigte Ausdehnung der englischen Luftstreit-  
kräfte im Interesse der nationalen Verteidigung, auf  
gesetzliche Anerkennung unehelicher Kinder und auf  
eine Reihe anderer Fragen der Innenpolitik.

## Neues vom Tage.

Verhandlungen über die Ausfuhrabgabe.

London, 15. Jan. Seit mehr als einem Monat  
findet ein lebhafter Meinungsaustrausch zwischen der  
englischen und deutschen Regierung statt über die  
Wiederaufnahme der Einfuhr der Reparationsgüter  
als eine (30prozentige Ausfuhrabgabe), die  
durch Verordnung der deutschen Regierung vom 17.  
November vorigen Jahres seitens der deutschen Regie-  
rung eingeführt worden war. Nach Meldungen aus  
Berlin hat die deutsche Regierung, nachdem seitens  
der britischen Regierung ein Entgegenkommen zuge-  
sagt war, sich ihrerseits bereit erklärt, in dieser Frage  
ebenfalls ein Entgegenkommen zu erweisen und hat  
mündliche Verhandlungen in Vorschlag gebracht. Die-  
ser Vorschlag ist hier angenommen worden. Es ver-  
lautet, daß dahingehende Verhandlungen in den näch-  
sten Tagen in London stattfinden sollen.

Der Mensch bleibt immer Mensch, was auch die  
Weisen sagen.  
In jedem Alter wird des Staubes schwacher Sohn.  
Den Stempel einer Torheit tragen. Goethe.

## Die Bauerngräfin.

Roman von Fr. Lehne.

18. (Nachdruck verboten.)  
„Hans Buss!“ Kaltweiß im Gesicht wollte ihm sein  
Vater den Revolver aus der Hand reißen. „Das darfst du  
mir nicht antun!“  
„Was bleibt mir übrig? Ich bin es satt bis obenhin!  
Und wenn ich jetzt wirklich zum Krause ginge — was er-  
zeigst du? Der Mann haßt mich ja wie nichts — ich fühle  
mich von ihm bedroht, verfolgt!“  
Schließlich war der Graf müde geworden von allem  
Hin- und Herreden, Ueberlegen und Denken — er verstand  
sich zu diesem „Gang nach Canossa“.  
Befreit atmete Hans Buss auf; er war zu feige, die Fol-  
gen seiner Handlungsweise auf sich zu nehmen, zu feige  
auch, dem alten Herrn reinen Wein einzuschenken und ihn  
vorzubereiten auf das, was ihn bei Krause erwartete.  
Schwereres hatte der Aristokrat noch nicht auf sich genom-  
men; aber es galt die Existenz, die Familienehre.  
Der Bogen des Grafen Landenberg vor dem Krause-  
schen Hof erregte im Dorfe Aufsehen. Darauf konnte man  
sich nicht besinnen, das je gesehen zu haben.  
Kosmetiker war es, die den Aristokraten ins Geschäfts-  
zimmer des Bruders führte. Sie sah es ihm an, wie unsag-  
bar demütigend ihm dieser Schritt war; etwas wie Mitleid  
erfüllte sie doch, als sie ihn bat, Platz zu nehmen, der Vater  
würde gleich kommen.  
Aber qualvolle zehn Minuten mußte er warten; vor Un-  
geduld und verlegtem Hochmut verging er beinahe, und als  
sein alter Feind endlich ins Zimmer trat, konnte er kaum  
ein Wort sagen, so schnürte ihm der Ingrimm die Kehle zu.  
„Sie hatten meinen Besuch gewünscht, Herr Graf,“ sing  
Krause an, „ich hielt es doch wohl für richtiger, daß Sie sich  
herbeimühen — Sie und auch Graf Buss, wie ich geacht-  
et habe.“

England wünscht Klarheit über die Pfalz.

London, 15. Jan. Knäulich wird berichtet: Mister  
Clive, der britische Generalkonsul in München, zu  
dessen Amtsbereich auch die bayerische Pfalz gehört,  
hat sich dorthin begeben, um für die englische Regie-  
rung eine unmittelbare und unbeeinflusste Einsicht in  
die gegenwärtige politische Situation zu gewinnen. Die  
englische Vermutung, daß die separatistische Bewegung  
in der Pfalz nur als das Ergebnis äußerer Einflüsse  
hat aufkommen können, um die normalen politischen  
Verhältnisse durch Gewalttaten und Einschüchterungen  
umzuwerfen, hat durch die von den betreffenden Stel-  
len gezielte eigenartige Abneigung gegen verfassungsmäßige  
Methoden neue Nahrung gewonnen. Die deutsche  
Verfassung steht ausdrücklich Mittel vor, durch  
deren Anwendung die Bevölkerung der Pfalz wie jeder  
andere Teil des Reiches eine Änderung ihres po-  
litischen Status herbeiführen kann. Ein dazugehöriger  
Vorgang — nur durch die Stimmen von einem  
Drittel der Wahlberechtigten in Bewegung gesetzt werden.  
Dieser Bericht auf verfassungsmäßige Mittel  
verstärkt nur die Meinung, daß in der Pfalz kein all-  
gemeiner Wunsch nach Autonomie herrscht und daß  
die separatistische Bewegung von den interessierten  
Kreisen gegen den freien Willen der Bevölkerung in  
Szene gesetzt wird.

Die Deutsche Volkspartei gegen das Verbot der  
Hypothekenaufwertung.

Berlin, 15. Jan. Die Reichstagsfraktion der Deut-  
schen Volkspartei hat sich auf Anregung des Abg. Lü-  
dinger mit der Frage eines Verbots der Hypothekenauf-  
wertung befaßt. Die Fraktion ist einstimmig zu der  
Entscheidung gelangt, daß jede gesetzliche Regelung der  
Aufwertung von Hypothekensicherungen nur in Überein-  
stimmung mit den Grundgesetzen erfolgen darf, die in  
der Entscheidung des Deutschen Reichsgerichts vom 28.  
November 1923 festgelegt worden sind. Ein Verbot der  
Hypothekenaufwertung würde dem Berechtigten- und  
Bittstellerdemutswiderstreitigstenfalls widersprechen  
und mit dem verfassungsmäßig gewährleisteten Schutz  
des Eigentums unvereinbar sein, und den Realcredit  
auf Schwere setzen.

Das Neu-Strelitzer Theater ein Opfer der  
Brandstiftung.

Neu-Strelitz, 15. Jan. Das Landestheater in Neu-  
Strelitz ist durch Brand vollkommen zerstört worden. Der  
ganze Zuschauerraum sowie auch das Bühnenhaus sind  
niedergebrannt. Es fehlen nur noch die nackten Grund-  
mauern. Sämtliche Requisiten, sowie auch die Privat-  
gache des Personals sind dem Brand zum Opfer ge-  
fallen, u. a. auch eine Generalpartitur des Tammbücher,  
die in den nächsten Tagen dem Museum übergeben wer-  
den sollte. Es wird Brandstiftung vermutet.

Freigabe der Mannheimer Rheinbrücke.

Mannheim, 15. Jan. Der Besuch des englischen  
Generalkonsuls aus München in der Pfalz wird seine  
Schatten voraus. Am 10. Uhr vormittags, also eine  
Stunde vor dem Eintreffen des Generalkonsuls, wurde  
der Verkehr über die Mannheimer Brücke von der fran-  
zösischen Besatzungsbehörde wieder freigegeben. Zugleich  
wurde die Überwachung des telephonischen Verkehrs zwi-  
schen der Pfalz und dem unbefestigten Deutschland ange-  
ordnet.

Der Pfalzthron vor der Rheinlandkommission.

London, 15. Jan. Der militärische Befehlshaber der  
Pfalz, General de Meij, ist in einer Sitzung der Rhein-  
landkommission von Lord Kilmacross und dem belächelten  
Kommissar eingehend vernommen worden. Lord Kilmacross  
hat in längeren Telegrammen von insgesamt 28  
Schreibmaschinenseiten über die Sitzung nach London  
berichtet.

„Ich vertrete meinen Sohn. Kommen wir also zur  
Sache!“ jagte Graf Landenberg hochfahrend.  
„Das ist auch mein Wunsch, Herr Graf. Ich darf also  
die Quittungen schreiben?“ Unter den buschigen Brauen  
warf Krause einen listigen, forschenden Blick auf den andern,  
der etwas erröte und sich räusperte.  
„Denn ich auf Ihre mir — ich gestehe es — überraschend  
gekommenen Forderungen vorbereitet gewesen wäre, würde  
ich Ihnen die Summe mitgebracht haben so aber muß ich  
bitten, sich noch einige Tage zu gedulden.“  
„Das kann ich nicht, ich bedaure!“  
„Ich habe nicht gewußt, daß Frau Weisklein Ihre Forder-  
ungen an uns Ihnen abgetreten hat.“  
„Diese Forderungen zu begleichen, habe ich Ihnen ja  
Zeit bis morgen gelassen. Aber Sie haben, scheint es, ver-  
gessen, daß heute Ihr Wechsel von zehntausend Mark fällig  
ist.“  
„Ein Wechsel? Von mir? Das muß ein Irrtum sein!“  
„Ein Irrtum? Sie scheinen ein kurzes Gedächtnis zu  
haben — oder ist Ihnen die eigene Handschrift nicht mehr  
bekannt?“  
Damit hielt Krause dem Grafen ein Papier vor Augen  
— und der sah groß und deutlich seinen Namenszug. —  
Das hatte er doch nie, auch wenn es seine Schrift war, das  
hatte er doch nie geschrieben. — Kalt er Schweiß trat auf  
seine Stirn und die Erkenntnis kam ihm, daß hatte Buss  
getan. Daher des Sohnes verführtes Wesen, dessen  
Drängen, daß er, der Vater, doch selbst gehen sollte.  
Kein Auge verdachte der Bauer von dem Aristokraten.  
Er lächelte listig und grausam.  
„Das haben Sie wohl nicht gedacht, Herr Graf, daß  
Graf Hans Buss es noch so weit bringen würde, sich durch  
seines Vaters Unterschrift Geld zu verschaffen und —“  
„Halt, Herr Krause, kein Wort weiter, das meinen Sohn  
auf das Schwert verdächtigt,“ unterbrach ihn Graf Lan-  
denberg, der sich unter den forschenden Blicken des andern  
mit aller Kraft zu seiner stolzen Haltung zwang, „ich — ich  
war nur überrascht, daß sich dieses Papier in Ihren Hän-  
den befindet, — es stammt allerdings von mir.“  
Wilhelm Krause lachte kurz auf.  
„Das glaube ich, daß Ihnen das nicht annehmbar ist.  
Aber Ehren wert, daß Sie für Ihren Sohn einstehen!“

Der Sturz des französischen Franken.

Mailand, 15. Jan. An der Börse stieg der Lire  
zum ersten Mal über den französischen Franken. Das  
Börsepublikum brach darüber in Freudentümpelungen  
aus und die italienische Presse widmet dem Ereignis  
längere Artikel und stellt fest, daß der französische  
Franken jetzt nur noch 99 Centimes kostet, während er  
noch vor einem Jahr mit 1,80 Lire bezahlt werden mußte.  
Die italienischen Wälder schreiben den Rückgang des  
Franken der Kupfropolitik Frankreichs, seinen Leistungen  
und Krediten an seine Verbündeten sowie dem verstärkten  
Notenumlauf zu.

In Paris ist der Ministerrat zusammengetreten, um  
über den Frankensurz zu beraten. An der Handelsbörse  
sind die meisten Waren nicht notiert worden. Es herrschte  
Panikstimmung.

Ein neues Erdbeben in Japan.

Yokohama, 15. Jan. Ein neuer kräftiger Erdstoß,  
der aber nicht die Stärke des September-Erdbebens er-  
reichte, hat Dienstag früh Japan wieder heimgesucht.  
Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, sind keine Menschen-  
leben zu beklagen. Der Eisenbahnverkehr zwischen Tokio  
und Yokohama ist einmündig.

## Aus Stadt und Land.

Altensteig, 16. Januar 1924.

Der Wald und seine Gefahren.

Am Samstag fand im Dreilöwen in Freudenstadt eine  
publische Bezirksversammlung des Waldbesitzerverbandes  
für Breitenberg und Hohenjollen statt, bei welcher der  
Schlichter des Verbandes, Forstmeister Danneker  
Sutgart, über die Gefahren, welche von allen Seiten gegen  
den Wald anstürmen, sprach und ausführte:

Es ist zunächst das Dikt von Beißel, das unser  
Wald nicht nur des größten Teils der Kohle, sondern auch  
eines lebenswichtigen Teils des land- und forstwirtschaftlichen  
Hobens beraubt hat. Auf den Kopf der Rodung kommt  
heute ein Häufel weniger Waldboden wie vor dem Krieg;  
und damit nicht genug verlangt der Feindbund fortwäh-  
rende große Holzlieferungen aus dem deutschen Wald.  
Was nicht waren es die Holzforderungen für das Jahr  
1923, die dem Franzosen mit als Vorwand für seinen Ein-  
marsch in das Ruhrgebiet dienen sollten. Obwohl Deutsch-  
land alles daran setzte, die Forderungen zu erfüllen, und  
sogar mit ausländischem Geld Holz von nichtdeutschen Län-  
dern aufbrachte, gab sich Frankreich im Gegensatz zu anderen  
feindlichen Ländern nicht zufrieden, sondern wählte einen  
keinen Rückhalt an Spezialhölzern, für die Deutschland  
abrigens eine Lieferungsverlängerung bis 31. März 1923  
nachsuchte, dazu aus, eine abschließliche Verzinsung festzusetzen  
als Vorwand für den verhängnisvollen Einbruch in das  
Ruhrgebiet. In der ganzen Welt wurde diese Lage weit-  
verbreitet und sogar eigene Volksgenossen sind dieser Welt-  
meinung zum Opfer gefallen. Nun das Ruhrgebiet in seinen  
Händen, wird der Franzose sein nächstes Ziel darin sehen,  
nach der Kohle den deutschen Wald zu zerstören, wohlbe-  
wusst, daß wenn dem deutschen Volk sein Wald genommen,  
auch dann die deutsche Volkswirtschaft vernichtet ist. — Nachdem  
der Franzose nicht selbst ans Ziel gelangt, ruht er die all-  
gemeine Verarmung des deutschen Reichs aus, um in dessen  
Reihen den Zugriff auf den deutschen Wald zu fördern;  
sein Wunder, wenn seit Jahren die verschiedenen Vertreter  
der Politik der deutschen Wirtschaft auf den Wald hindrücken  
als eine Quelle, aus der ununterbrochen geschöpft werden  
kann. Ein Vorschlag geht u. a. dahin, daß der Wald  
strenge keinwegs geschont zu werden brauche, da ja das  
Holz ohne viel Zutun von selbst wachse und eine Beein-  
trächtigung der Betriebsmittel nicht zu besorgen sei. —

oder sage Ihnen nochmals: nicht Sie haben die Unterschrift  
gegeben, sondern Ihr Sohn! — Bitte, bleiben Sie ruhig —  
oder ja ich Ihnen Ihr Edelmannswort darauf ab-  
nehmen?“

„Dazu haben Sie kein Recht!“ rang es sich heiser von  
Graf Landenbergs Lippen.

„Allerdings nicht, das weiß ich. Dennoch aber müssen  
Sie mir schon gestatten, daß ich meine Ansicht ausspreche.“

Er nahm von seinem Schreibtisch ein zweites Papier.

„Sehen Sie, Graf Landenberg, und dieser Namenszug:  
„Hans Ehardt Landenberg“ bei diesem Wechsel über vier-  
zigtausend Mark ist auch nicht von Ihrem zweiten Sohn ge-  
schrieben, sondern gleichfalls von dem Majorats Herrn —  
oder soll ich denken, daß alle Landenbergs gleich leichtsinnig  
sind?“

Mit versagenden Blicken starrte der Aristokrat auf die  
charakteristische Schriftzüge seines zweiten Sohnes —

Hans Ehardt sollte eine so hohe Summe ausgenommen  
haben? Das war unmöglich, das glaubte er selbst nicht.  
Dann war es Hans Buss gewesen, der —

Er legte einen Augenblick die Hand auf die Stirn, um  
sich zu sammeln. Kaltweiß war sein Gesicht geworden —

diese Eröffnung traf ihn bis ins Innerste; dennoch durfte  
er die Fassung nicht verlieren angesichts des Mannes vor  
ihm, der ihn verderben wollte.

Herr Krause, vor allem muß ich Sie nochmals er-  
suchen, solche ganz sinnlose Verdächtigungen zu unterlassen,  
sonst —

„Und ich wiederhole: Graf Buss hat die Namenszüge  
seines Vaters und seines Bruders selbst geschrieben, um sich  
dadurch Geld zu verschaffen. Und das war es, was ich Ihnen  
selbst sagen wollte. Darum ist er auch nicht gekommen; die  
Angst, das böse Gewissen haben ihn ferngehalten. — Heute  
abend noch wird mein Sohn nach P. fahren, um dem Grafen  
Hans Ehardt diesen Wechsel zu präsentieren, und dann  
werden Sie von diesem ebenfalls hören, was ich Ihnen  
schon gesagt habe!“

Wie ein graugesamtes Kind, das einen Schmetterling oder  
Käfer lebendig aufgespießt hat und sich an den Inzungen  
weidet, so genoss Bauer Krause die tolle Qual, die sich  
deutlich auf dem Gesicht des andern widerspiegelte.

(Fortsetzung folgt.)

Ein anderer schlägt vor, sämtlichen Privatwald von mehr als 100 Hektar Fläche, zu gestricheln und in andere Hände oder in die des Staates überzuführen. Allerdings soll aber die Produktion „Lime Strong“ erfahren. Wieder ein anderer Volksbegehler gibt den Rat, daß die kommende Hungersnot von dem Volk zur obenerwähnten werden könne, wenn alsbald der doppelte und vielfache Holzpreis in den Wäldungen durchgesetzt würde. Bei all diesen Vorschlägen denken unsere Volkstrennen nicht darüber nach, was später aus dem mißhandelten Wald werden solle. Wissen diese Männer nicht, daß der Wald der Pflege von mehr als zwei Menschenweibern bedarf, bis ihm der unruhige Ertrag beschaffen ist? Man hat das Gefühl, als ob dieses Geschlecht nur an sich selbst, aber nicht an die Zukunft des deutschen Volkes denkt.

Was solchelei Stimmungen werden Gesetze und behördliche Maßnahmen geboren, die für den Bestand des Waldes zum Verhängnis werden. So entstand z. B. das „Gesetz über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Kollaps der Presse“ vom Juni 1922, das dem gesamten Wald aus allen seinen Evidenzen eine Abgabe von 1/10 Proz. abnahm, angeblich um das Papier für die rollende Presse zu verbilligen. — Die seit Währungsreform des Gesetzes gemachten Erfahrungen sind keine erfreulichen und die Presse klagt mit Recht darüber, daß ihr so gut wie keine Gelder zugeflossen sind. Der Wald hat aber seine Opfer vollkommen umsonst gebracht. Denn wer hat etwas vernommen von billigem Papier? Im Gegenteil, die Preise des Papiers und der Zeitungen sind weiter über Holz steigen geblieben. Die Abgabe aus den wärtl. Wäldungen betrug im Jahr etwa 350 000 Goldmark. Wohin sind diese Gelder gekommen? Der Reichsfinanzminister selbst mußte gestehen, daß die Abgabe allein in durch die Erhebungskosten aufgezehrt wurde und daß die Preisabgabe ein vollkommenes Fiasko erlitten hat. Der Waldbesitzer hätte schließlich eine solche Abgabe hingenommen, wenn ihr der beabsichtigte Erfolg beschieden gewesen wäre, so aber muß er einmütig das schreiende Unrecht, das in einer solchen Sonderbesteuerung liegt, ablehnen.

Zu einer der Maßnahmen, die den Wald in Sonderbestellung nehmen, ist auch die seit Jahren versuchte Art der behördlichen Brennholzregelung zu rechnen: es ist die Brennholzregulierungswirtschaft. In jahrelangen Versuchen glaubte man, den Mangel an Rohholz durch Brennholz liefern zu können; von voller Erfassung des gesamten Brennholzangebotes des Landes bis zu einer sog. Rationalisierungsmaßnahme wurde ein brauchbarer Weg gesucht, jedoch ohne Erfolg. Insbesondere war es die langjährige Regelung, welche eine schwere Mißstimmung nicht nur in den Kreisen der Holzzeuger, sondern ebenso in denen der Holzverbraucher erzeugte. Eine Menge von Mißständen zeugen von der Unfähigkeit der Brennholzregulierung. Heute noch gibt es waldbesitzende Gemeindeförster, die für Hunderte von Nummern belasteten Brennholzes noch keine Bezüge erhalten haben. — Höchste Zeit, daß mit solchen Versuchen der behördlichen Versorgung mit Brennholz und ähnlichen Bedarfsgegenständen ein Ende gemacht wird.

Was die Besteuerung des Waldes im allgemeinen anbelangt, so ist es selbstverständlich, daß sich die Besitzer von Wald der allgemeinen Pflicht keineswegs entziehen wollen, jedoch ist es Tatsache, daß in Süddeutschland, insbesondere in Württemberg, die Veranlagung des Waldes zum Wertbeitrag (genau wie bei der Landwirtschaft) mit einer derart schwachen Grundbesitzverteilung erfolgt ist, die zum Verhängnis dieser Berufsstände zu werden drohen. Erst die Befreiung der kommenden Besteuerung werden dazum, daß der Waldbesitz absolut nicht so rentabel sein wird, wie früher die öffentliche Meinung darzutun beliebt. Man hat von der Landabgabe, die ja zum 1. Januar ein glückliches Ende gefunden hat, davon einen lässlichen Vorgeschnitten bekommen.

Die Waldbesitzer haben im Hinblick auf diese von allen Seiten einströmenden Eingriffe allen Anlaß, die Gründe ihres Bodens zu revidieren. Diesem Gegenstand: „Was tut dem kleinen Waldbesitzer mal?“ waren besondere Ausführungen gewidmet. — Welche Bedeutung dem Kleinwaldbesitz zukommt, zeigt allein die Tatsache, daß dieser in Württemberg eine Fläche von 120 000 Hektar (im Bezirk Freiburgstadt etwa 12 000 Hektar) beträgt. Die deutsche Volksgemeinschaft erhebt mit Recht den Anspruch, daß aus solch bedeutender Waldfläche wie aus allen anderen Wirtschaftszweigen, der bestmögliche Ertrag herausgeholt wird. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß in manchen kleinen Wäldungen eine bessere Wirtschaft und damit ein höherer Ertrag erzielt werden könnte.

Der Reichsfinanzminister verweist auf 2 Wege, die hin gangbar sind, den des staatlichen Zwangs oder den der freiwilligen Beratung. — Für die Waldbesitzer kann es nur der einen Weg geben: er will das Schicksal seines Waldes selbst in die Hand nehmen. Wenn ihm eigene selbstgeschaffene Organe zu seiner Vertretung stehen, ist er überzeugt, daß er die staatliche Bevormundung vermeiden und die seinen Verhältnissen angepaßte Waldwirtschaft durchsetzen kann.

Die Versammlung Freundes lobhaften Beifall zu den Ausführungen des Redners.

**Freudenstadt, 15. Jan.** (Von der Allgemeinen Ortskrankenkasse.) Der Beitragsatz zur Krankenversicherung, welcher im letzten Jahre 9 Prozent betrug, wurde durch Beschluß des Ausschusses des Landes mit Wirkung vom 1. Januar 1924 an auf 8 Prozent festgesetzt. Dagegen können bekanntlich noch die Beiträge zur Gewerbesteuererhöhung.

**Reutlingen, 15. Jan.** (Selbstmord.) Sonntag vor-mittag wurde auf dem Bahnhofsplatz zwischen Reutlingen und Württemberg die Leiche eines Mannes mit abgetrenntem Kopf gefunden. Es liegt Selbstmord durch Uberschneiden vom Zug vor. Die Ursache dürfte auf Anreizlichkeiten, die sich der Barthe zu Schulden kommen ließ, zurückzuführen sein.

**Stuttgart, 15. Jan.** (Abbau der Landtagsabgeordneten.) Der Beirathung des Gesetzentwurfs über die Verringerung der Abgeordnetenzahl des Württ. Landtags von 101 auf 72 entnehmen wir: Die Herabminderung von 101 auf 72 würde ungefähr dem in Aussicht genommenen Umfang des Beamtenabbaus entsprechen. Eine Verringerung des Anteils der auf die Landesparlamentsgewählten erweist sich nicht zweckmäßig, da es schon bisher als Nachteil der Verhältnismäßigkeitswahl empfunden worden ist, daß die persönliche Zählung der Abgeordneten mit den Wahlkreisen in weitem Umfang fehlt. Dieser Mangel würde bei der geplanten Verminderung der Zahl der Abgeordneten noch verschärft. Um dies zu vermeiden, sollte das geänderte Verhältnis zwischen den auf die Landesparlamentsgewählten zuzuteilenden Sitzen geändert werden. Der Entwurf schlägt dies ab, vor, statt der Halbierung zu bestimmen, daß bei der Reststimmenverteilung ein Drittel der noch verfügbaren Sitze auf die Landesparlamentsgewählten und zwei Drittel auf die Kreisparlamentsgewählten zugewiesen und die einzelnen oder die überhörenden Sitze den letzteren zugewiesen werden sollen. Hätte diese Dreiteilung schon im Jahre 1920 gegolten, so wären 81 „Bezirks-“ und 20 „Landes-“ Abgeordnete gewählt worden. Wäre damals auf 350 000 Einwohner ein Abgeordneter zu wählen gewesen und hätte damals auch die vorgeschlagene Dreiteilung gegolten, so wären 56 Bezirks- und 16 Landesabgeordnete gewählt worden. Das Interesse der Parteien, hervorragende Persönlichkeiten auf Grund der Landesparlamentslisten gewählt zu sehen, erscheint hiernach hinreichend gewahrt.

**Todesfall.** Im Alter von 71 Jahren starb Alfred v. Kaula, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Württ. Vereinsbank und zahlreicher anderer Unternehmungen. Haus für Gewerbe und Technik Die Stuttgarter Gewerbehalle wird ab 1. April d. J. an eine Gesellschaft zu Ausstellungswecken verpachtet. In der Zeit vom 8.—15. Mai d. J. findet als erste Ausstellung in der Gewerbehalle die 1. Deutsche Motorradausstellung, veranstaltet vom Motorradklub Stuttgart, statt.

**Gmünd, 14. Jan.** (Städtisches.) Der Gemeinderat hat das Lebensmittelamt aufgehoben, die Aufhebung des Mißstandes wird demnächst folgen. Die Stadterhaltung hat in den letzten Jahren aus städtischen Gütern etwa 1400 Kleingärten geschaffen, die um billigen Preis verpachtet wurden.

**Rottburg, 15. Jan.** (Bischofsjubiläum) Am 18. Januar begeht Bischof Dr. v. Keppeler die Feier des 25-jährigen Bischofsjubiläums. Der Bischof hat dringend gebeten, von jeder Feier abzusehen.

**Schweningen, 15. Jan.** (Auswanderung.) Am Samstag nachmittag traten etwa 80 hiesige Einwohner, die teilweise Haas und Hof verkauft haben, die Ausreise nach Südamerika an.

**Geislingen a. St., 15. Jan.** (Eifersucht?) Nachts wurde auf ein in Altenstadt wohnendes Mädchen, das mit dem letzten Zug heimgekehrt war, von einem älteren Mann aus Eifersucht oder anderen Gründen mit einem Revolver geschossen. Das Mädchen erhielt einen Streifen und einen Kieferbruch und wurde ins Bezirksstran-kenhaus verbracht. Der Täter selbst begab sich nach Hause und hat sich dort durch einen Kopfschuß entleert.

**Hödingen, 15. Jan.** (Brand.) In den oberen Räumen der Hofapotheke von Raitelhuber brach früh morgens Feuer aus, durch das im Polierlaboratorium und am Dachstuhl des Hauses Schaden im Werte von 4—5000 Mark entstanden ist. Der Brand ist an einer Rohrfehrna beim Kamin entstanden.

### Kleine Nachrichten aus aller Welt.

**Reichstagswahlen im Mai?** Wie das Lammertbüro von gut unterrichteter Seite erfährt, dürften die Reichstagswahlen erst im Mai stattfinden. Eine frühere Festsetzung des Termins erheine aus verschiedenen Erwägungen nicht möglich. Ein Beschluß des Reichskabinetts sei noch nicht gefaßt worden.

Gegen das geplante Aufhebungsverbot für Hypothekensicherungen. Der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz, Kardinal Bertram, Fürbischof von Breslau, hat an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, worin er sich gegen das geplante Aufhebungsverbot für Hypothekensicherungen ausspricht.

**Zwölfjähriger Katholikentag in Hannover.** Wie die „Germania“ meldet, hat das Zentralkomitee für die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands auf seiner Tagung in Bad Homburg beschlossen, die zwölfs-jährige Generalversammlung in Hannover in der Zeit vom 31. August bis 2. September abzuhalten.

**Zahlungen an die Ruhrländer.** Zur vorläufigen Deckung der Besatzungskosten sind am 10. Januar vom Reich 25 Millionen Goldmark zur Auszahlung an die Entente gelangt.

**Urennenüberreste im Hannoverischen.** Bei Siffelshövede in Hannover ist man auf ein großes Urnenfeld gestoßen. Unter der Leitung von Fachleuten sind bisher 29 Urnenfelder freigelegt worden. Es handelt sich um Gräber aus der früheren Steinzeit, um 600 v. Chr., der germanischen Kultur der Jastorfstufe. Außer den Steinpadungen waren die Urnen noch mit Pfählen umstellt.

**Französische Wahlen im April.** Dem „Matin“ zufolge soll es nunmehr sicher sein, daß die Regierung entgegen dem Wunsch gewisser politischer Kreise die französischen Kammerwahlen nicht früher als am 6. April wird beginnen lassen.

**Erneuerung englischer Beamten in Indien.** Wie aus Delhi gemeldet wird, überließen Angehörige des Mahajud-Stammes an der Grenze von Süd-Bangaristan eine englische Kolonisation und wählten fünf Beamte. Die Kolonisten sind entkommen.

## Handel und Verkehr.

**Amtl. Berliner Lebensmittelpreise vom Dienstag, 15. Jan.** (Die Notierungen sind in Milliarden M. zu lesen.)

**1 Dollar: Berlin 4189,500 G., 4210,500 Br.**

**1 Goldmark: Briefkurs Berlin 1002,5. Mittelkurs 1000,0.**

### Wirtschaftszahlen vom Dienstag:

Umrechnungssatz für Steuern und Zölle: 1 Billion. Goldmark = 100 000 000 000 Dollar. Silbermark = 400 Ma. P. M. Lebenshaltungskosten (7. Januar) 1130 Ma.-sch. Großhandelsindex (8. Januar) 1197 Ma.-sch.

**Stuttgarter Börse, 15. Jan.** Die Abkühlungen an der Dienstagbörse waren in engen Rahmen, so daß wohl gesagt werden kann, daß die Effektenkurse ihren Tiefstand erreicht haben. Bananfaktien schwächer: Hypothekendarf 2,75 (2,9), Vereinsbank 4,5 (4,9). Spin-nerereien uneinheitlich: Erlangen 12,5 (14,5), Kofw und Schüle 18,25 (20), Kottner 43 (gestrichen), Pforsee 38 (33), Spinnerei Ehlingen 42 (45), Kammergang Bie-tigheim unv., Brauereiarbeiten uneinheitlich: Brauhaus Ravensburg 2,5 (2,8), Rottenmaier 35 (32), Württ. Hohenjollern 13,5 (13), Bulle unv., Maschinen- und Metallmarkt schwach: Daimler 3,8 (4,1), Feinmechanik Tuttlingen 38 (42,1), Hanja Metall 3,5 (3,8), Maschinen Ehlingen 7,5 (8,5), Hesser 5 (5,75), Redarfalmer 6,4 (6,75), Württ. Metallwarenfabrik 50 (48). Rühr-mittelaktienmarkt: Kaiser Otto 3,9 (4,3), Knorr 6,3 (6,75), Krumm unv., Konerven Leibbrand 2 (2,3), Stuttgarter Bäckermühle 9,25 (10), Stuttgarter Zucker 6,8 (7,75). Sonstige Werte: Bad. Anilin 25,4 (26,75), Besser 1,4 (1,6), Zement Heidelberg 15 (17), Kommtag 1,8 (2), Deutsche Verlag unv., Selt. Waschenheim unv., Redarfalmer unv., Stuttgarter Straßenbahnen 6,5 (7), Union 7,6 (ex), Weag 7,5 (9), Ziegelwerke Ludwigs-burg 12 (13,25). — Am Freiverkehr war das Ge-schäft ziemlich lebhaft, nur die besseren Werte konnten ihre Kurse halten.

**Stuttgarter Marktpreise vom 15. Jan.** Auf dem Obstmarkt waren Orangen schon zu 6, 8 und 10 Pf. erhältlich. Nichtpreise für Obst: Tafeläpfel 18—22 (alles in Pfennigen), Edeläpfel 22—24. Gemüse: Kraut 3—4, Rotkraut 5—12, Kohl 5—10, Grünkohl 8 bis 12, gelbe Rüben 6—8, rote Rüben 7—11, Zwie-beln 9—18, Schwarzwurzeln 40—60 das Pfund, Re-tiche 3—8, Sellerie 5—30, Rosenkohl 10—35, Erd-beiensalat 5—18 das Stück. Fett: Röhlerbutter 200, Schweinefleisch 85—90, Margarine 65—85, Kofos-fett 65, Palmöl 70, Speisefett 70—75, Rinderfett 60 bis 65, Speck 140 das Pfd., Salatöl 120 das Pfd., Käse: Emmentaler 200, Schweizer 180, Tilsiter 130—160, Edamer 120, Münster 150—160, Ernte 140, Roma-dour 120—150, Rahm 100—120, Backfett 70—85, Frische Eier 18—22, Kaffeeer 16—18.

Der Mehlpreis beträgt für einen Zentner Weizen-mehl Spez. 0 unverändert 31 Rentenmark.

**Stuttgarter Landesproduktbörse, 14. Jan.** Es no-tieren 100 Kilo gesunde, trockene Ware ab württ. Statio-nen (Großhandelspreise): Weizen 20,5—21,5, Som-mergerste württ. 17,5—18,5, Roggen württ. 17,5 bis 18, Haber 13—14, Weizenmehl Nr. 0 mit Zusatz von Auslandsgetreide 32—33, Brotmehl (mit Zusatz von Auslandsgetreide) 29—30, Kleie 8—8,5, Weizenheu, württ. 8—8,5, Kleehheu 9—10, Stroh (drahtgepreßt) 6—6,5 M.

**Habensburg, 14. Jan.** Die Schranne notierte folgende Doppelpennpreise in G. M.: Weizen 21,75 bis 25, Dinkel 15—16,20, Roggen 17—20, Sommer-gerste 18—21, Haber 13,5—16. Stimmung fest. Preise steigend.

**Amtl. Berliner Produktnotierungen vom 15. Jan.** (Alles in M.): Weizen, märk. 162—165; Roggen, märk. 148—152, fest, pomm. 147—148, schlief. 147 bis 148; Sommergerste, märk. 168—175, fest; Haber, märk. 115—121, pomm. 112—116, westfr. 109—112; Mais, ab Hamburg 172—173; Weizenmehl 25,5—28, feil; Roggenmehl 23,5—26, behauptet; Weizenkleie 8 bis 8,2, feil; Roggenkleie 7,6—7,75, feil; Mops 280; Weinsaat 450—460; Viktoriaerbsen 39—40; K. Speiseerbsen 20—24; Futtererbsen 16—17; Peluschnel 14—15; Ader-böhlen 13—15; Widen 16—18; Lupinen, blaue 15—16, gelbe 16—18; Seradella 1920 16—18; Wapstuchen 11,5 bis 11,7; Weintuchen 25—26; Trockenchnel 8,5 bis 8,6; vollw. Zuckerschmelz 16—18; Zornmelasse 7,75 bis 8; Kartoffelstoden 18.

**Stuttgart, 15. Jan.** Der Monatspferdemarkt war mit 220 Pferden verschiedener Rassen besetzt. Preise: für leichtere Pferde 200—300, mittlere 500 bis 800, schwere 1000—3500 M. Der Markt war gut besucht, namentlich aus den Kreisen der Landwirtschaft, der Verkefe sehr lebhaft. Welt über die Hälfte der Pferde wurde verkauft. — Auf dem mit dem Pferde-markt verbundenen Hundemarkt waren namentlich die großen Hunderrassen vertreten: Boxer, Dobermann, Rottweiler, Leonberger und Doggen. Zutrieb im gan-zen rund 150 Stück. Preise 10—100 M.

**Stuttgart, 15. Jan.** Dem Schlachtviehmarkt am Dienstag waren zugeführt: 142 Ochsen, 26 Bullen, 249 Jungbullen, 281 Jungrinder, 249 Kühe, 808 Kälber, 696 Schweine, 25 Schafe und 1 Flegel. Un-verkauft: 40 Ochsen, 40 Jungbullen, 80 Jungrinder, 40 Kühe, 100 Kälber, 40 Schweine. Verkauf des Marktes: langsam. Preis pro Pfund Lebendgewicht in Pf.: Ochsen erste Qualität 30—32, zweite 20—28, Bullen erste 24—26, zweite 20—23, Jungrinder erste 31—33, zweite 26—30, dritte 19—24, Kühe erste 24 bis 25, zweite 15—19, dritte 7½—12, Kälber erste 42 bis 45, zweite 36—49, dritte 29—33, Schweine erste 68—72, zweite 60—65, dritte 52—56, Hammel (ge-schlachtet) 52—56, Schafe 32—48.

**Schnait i. N., 15. Jan.** Bei der letzten Weinber-gerung wurden 90 Eimer neuer Wein verkauft. Mit höchstpreis wurden erzielt 142 M. pro Hektoliter, als niederster Preis 72 M. Die Nachfrage war außer-ordentlich groß.



## Letzte Nachrichten.

Ein Ministerkabinet für die englische Regierung.

WTB. London, 15. Jan. (Ruter.) Der Antrag der Arbeiterpartei, der zur Antwortadresse auf die Lyoner Rede eingebracht werden soll, stellt ein unmittelbares Ministerkabinet für die Regierung dar.

Die Abordnungen im englischen Parlament.

WTB. London, 16. Jan. In Laufe der Abordnungen sagte Macdonald, die Lage Europas gleiche der vom Jahre 1919 mit risikofreudigen Kriegen, einer risikofreudigen, nationalpolitischen Politik und unerschwerter Ausgaben für destruktive Vorbereitungen. Der Einfluss Großbritanniens müsse wieder hergestellt werden durch eine Politik der Voraussicht, bei Beobachtung der Verantwortlichkeit anderer Völker unter Betonung der Interessen Großbritanniens. Ein europäischer Block sei erforderlich. Großbritannien habe heute keine entschlossene, bestimmte oder wirksame Politik auf dem Kontinent. Die Regierung habe das Vertrauen des Hauses und des Landes verloren. Die Aussicht auf eine Regierungsvorbereitung in England habe mehr dazu beigetragen, den Einfluss Großbritanniens bei den Staatsmännern auf dem Kontinent zu erhöhen als die 12 Monate der Amtsführung der letzten Regierung. Die von den Ministern auf der letzten Reichskonferenz gegebene Versicherung, daß gewisse Angelegenheiten dem Parlament vorgelegt werden müßten, würden bis auf den letzten Buchstaben erfüllt werden. Es müsse eine Grundlage für ein gemeinsames Abkommen bei voller Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit der Arbeiterpartei und ihrer Grundzüge gefunden werden. Macdonald besprach alsdann die Notlage in Mitteleuropa und erklärte, ihr müsse Gehalt getan werden. England solle seinen Anteil an der Beseitigung dieser Notlage übernehmen. Lloyd George sagte im Namen der liberalen Partei, er hoffe, daß jede Regierung, die zur Macht gelangen werde, die Aufrichtigkeit und den Einfluss haben werde, auf die das

britische Reich durch seine Macht und die von ihm gebrachten Opfer Anspruch habe.

Bisconti begünstigte die von der Reparationskommission eingehenden Vorschläge zur Erfüllung von Deutschlands Zahlungsfähigkeit. Eine optimistische Auffassung bezüglich der europäischen Fragen besaß er nicht. Den einzigen Weg, der zu einer gedeihlichen Entwicklung führe, erblickte er darin, daß jede Nation die Völkerverbundung unterfördere unter der Voraussetzung, daß eine jede ihre bewaffneten Streitkräfte nur durch den Völkerverbund zur Weltung bringen werde. Gory sagte, es könne kein dauerndes Arbeitsübereinkommen zwischen der Arbeiterpartei und den Liberalen geben. Er sei für die Uebernahme der Regierung durch die Arbeiterpartei ohne Bedenken an.

Sorb Carzon erwiderte, es sei richtig, daß die internationale Lage außerordentlich bedrohlich sei. Die Regierung erblicke den einzigen Schlüssel für eine Lösung in der Aufrechterhaltung der Entente. In den letzten Jahren habe sie unermüdete Anstrengungen in dieser Richtung unternommen. Carzon trat für volle Öffentlichkeit bei der Politik der Regierung ein.

Keine Einigung zwischen England und Frankreich über den Eisenbahnbetrieb im englischen besetzten Gebiet.

WTB. London, 16. Jan. Neuter zufolge ist in London das Gerücht verbreitet worden, daß die französische Regierung das englisch-französische Uebereinkommen über den Betrieb der Eisenbahnen im englischen besetzten Gebiet verworfen habe. Die britische Regierung wünscht den Eisenbahnbetrieb durch die Kölner Zone völlig unter ihrer Obhut und frei von einer französischen Ueberwachung zu behalten.

Die Kommunisten und Plekhanoffs Todesfall.

WTB. Berlin, 16. Jan. Die kommunistischen Randgebühren anlässlich des Todestages von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sind nur in geringem Umfang zur Durchführung gekommen. Eine Reihe von Verhaftungen wurde vorgenommen.

Erdbeben in Japan.

WTB. London, 15. Jan. Neuter meldet aus Osaka: Die telephonische und telegraphische Verbindung zwischen Tokio und Osaka ist heute morgen 5.45 Uhr durch ein Erdbeben unterbrochen worden. Die Trambahnen in Tokio liegen still. Der Eisenbahnbetrieb Tokio—Yokohama ist unterbrochen. Die Kaiserliche Familie ist in Sicherheit. In Sagano, einer Vorstadt Tokios, sind Schäden ausgebrochen. Ein Eisenbahnzug stürzte in den Bajibama, einem Fluß zwischen Gosenba und Tokio. Sechs Gäste wurden umgeworfen. In Yokohama wurden 600 Häuser zerstört.

WTB. Tokio, 16. Jan. Das Observatorium teilt mit, daß der Mittelpunkt des am Montag verspäteten Erdbebens beim Linsawadage in der Provinz Sagami liegt. Das Erdbeben dauerte 12 Minuten. Man glaubt, daß in Tokio, Yokohama und in den Vorstädten etwa 50 Tote zu beklagen sind. Zahlreiche Personen wurden verwundet. Unter den Ausländern sollen sich keine Opfer befinden.

Matmäßliches Wetter.

Trotz sinkendem Luftdruck behauptet sich die Kaltzone über Süddeutschland, so daß am Donnerstag auch weiterhin kaltes und trockenes Wetter zu erwarten ist.

Verlag und Verlag der B. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.  
Für die Verantwortlichkeit verantwortlich: Rudolf Kauf.

## Es ist Ihr Vorteil.

wenn Sie unsere Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ lesen, denn sie bietet Ihnen jeden Tag kurz und übersichtlich das Neueste und eine Fülle guten Lesestoff.

### Mündliche Bekanntmachungen.

#### Verbot von Fastnachtstunbarkeiten.

Bemüht Bekanntmachung des Ministeriums des Innern vom 11. Januar 1924 (Staatsanzeiger Nr. 11 vom 14. Januar 1924) hat Fasnachtstunbarkeiten jeder Art, insbesondere Aufzüge, Maskenbälle und sogenannte karnevalistische Konzerte, sowie das Tragen von Masken und Verkleidungen auf Straßen und in Wirtschaften, unzulässig und ist den Werten verboten. Fastnachtstunbarkeiten mit Musik, Gesang oder Tanz in ihren Abmischungen zu dulden.

Nagold, den 15. Januar 1924. Oberamt: Müng.

Der Beschluß des Referendats der Allgem. Ortskrankenkasse Nagold vom 11. Januar 1924

#### Herrn Dr. med. Stähle in Nagold

ab Montag, den 14. Jan. 1924 auf die Dauer von 6 Monaten aus der Kassensperre auszuschießen, d. h. die Zahlung der von ihm den Versicherten ausgestellten Rechnungen abzulehnen, wird hiermit

von Amtswegen als unzulässig aufgehoben.

Nagold, den 15. Jan. 1924. Versicherungsamt: Merkt, stellv. Amtmann.

## Preisabschlag

Empfehle:

Beste Qualität Keruseife D'Stück 23 Pfg.  
10 D'Stück RT. 2.40  
Speisefett per Pfd. 70 Pfg.

Schwarzwald-Drogerie Altensteig  
und Filiale Simmersfeld.

Ein feiner Transport



rein belgischer  
**Arbeitspferde**

leichten und schweren Schlages, darunter auch  
**schöne Zuchtstuten**

sind eingetroffen, wozu Kauf- und Kaufschlichthaber freil. eingeladen sind.

B. Kommenmann  
Pferdehandlung Giefau.

## OSTERTAG-Kassenschränke

Vertr. G. Köbele, Nagold, Fernspr. 126.

## Zeichnungen auf Anteile der Landw. Bezugs- und Absatzgenossenschaft Nagold u. Umgebung

in Anteilen à RT. 25.—

bar oder in Raten zu 100%  
V. und VI. Rl. 80%  
Einkaufspreise zu 35 Rl. pr. Rbm.  
Janko Altensteig

werden beim Vorhanden des Vorstandes  
Landwirt M. Kalinowich, Eichenhain  
beim Geschäftsführer G. Schneider, Altensteig,  
sowie in der Stadt Sparkasse Altensteig und der  
Oberamtskasse Nagold  
entgegengenommen.

### Landw. Bezirksverein Nagold.

Die Herren Obmänner der landw. Ortsvereine werden ersucht, ihre Mitglieder zum

#### Beitritt zu der neugegründeten Bezugs- und Absatzgenossenschaft

zu veranlassen, da der Wert einer solchen Genossenschaft für jeden Landwirt überaus groß ist. Ein Geschäftsanteil mit 25 Goldmark kann in Raten einbezahlt werden. Um auch weniger bemittelten Landwirten den Beitritt zu ermöglichen, wird empfohlen, mehrere solcher Mitglieder einen Anteil gemeinsam erwerben zu lassen. Ein Mitglied kann auch mehrere Geschäftsanteile zeichnen.

#### Diejenigen Ortsvereine, die ihre neue Mitgliederliste

noch nicht eingekandt und die Menge des ermittelten Beitragsbetrages noch nicht gemeldet haben, haben dies bis  
spätestens 25. d. d. nachzuholen. Die Frucht ist in die  
Kohlröscher Mühle zu verbringen.

Ebdhausen, 14. Jan. 1924. Kleiner.

## Ihre Druckarbeiten

bekommen Sie in so hoher Ausführung nirgends billiger und  
schneller als in der

### W. Rieker'schen Buchdruckerei,

Telefon Nr. 11. Altensteig. Telefon Nr. 11.



## Radio

Ueber Rundfunkdienst und Liebhaberkonkurrenz gibt ausführlichen Aufschluß das treffliche Buch von

### Günther-Fuchs Der praktische Radioamateur

Ein allgemeinverständliches ABC für jedermann  
mit 240 Abbildungen. : : : : :

In Halbleinern Gm. 5.60, in Ganzl. Gm. 6.—

Franck'sche Verlagsbuchhandlg., Stuttgart

Zu beziehen durch die

B. Rieker'sche Buchhandlg., Altensteig.

Ein ehrliches, fleißiges

## Mädchen

für Küche und Landwirtschaft  
gesucht.

Zipperlen, Waldhorn  
Engländerle.

Michelberg.

Eine mit dem 3. März 30  
Wochen trüchtige



seht dem Verkauf aus

Freya z. Conne.

Altensteig.

Frei eingetroffen:



## Rieler Büchlinge

1 Pfund 90 Pfg.  
bei

### Chr. Barghard jr.

Rotztafel.

Die Gipser-, Schreiner- u. Glaserarbeiten für den Neubau des Volksschulgebäudes in Freudenstadt werden nach dem Preiswettbewerb auf Grund der Bestimmungen über die Vergabe von Arbeiten und Lieferungen vergeben. Pläne, Ueberschlag u. Bedingungen sind in der Zeit vom 15. bis 24. Januar 1924 bei der Bauamtsverwalterstelle Freudenstadt, Hofburgerstr. 35, zur Einsichtnahme aufgelegt. Die Angebote sind spätestens bis Freitag, 25. Januar 1924, nachm. 3 Uhr an die Bauamtsverwalterstelle Freudenstadt einzureichen.